

Personenbeförderung: Menschen sicher von A nach B bringen – unabhängig von Alter, Einkommen und Wohnort

nachdem sich die sogenannte Findungskommission zur Reform des Personenbeförderungsgesetzes Anfang Mai einmal tief in die Augen geschaut hat, ist es still geworden im BMVI und so recht weiß niemand ob und was hinter verschlossenen Türen da jetzt eigentlich passiert. Die Realität zeigt sich davon unbeeindruckt und schafft stattdessen Fakten und Tatsachen auf der Straße. So sieht man zunehmend mehr UBER-Fahrzeuge auf den Straßen deutscher Großstädte und auch Ride-Pooling-Dienste stocken ihre Fahrzeugflotten weiter auf. Aus diesem Grund wollen wir - kurz vor der Sommerpause - unser grünes Autorenpapier zur Reform des Personenbeförderungsgesetzes veröffentlichen.

„Digitalisierung heißt eben nicht UBER und Co bedingungslos einen Blankocheck für ihr Geschäftsmodell auszustellen. Ziel ist vielmehr mehr Mobilität bei weniger Verkehr. Jede Kommune wird künftig von mehr Mobilitätsangeboten profitieren können. Um diese sinnvoll zu verzahnen, braucht es verbindliche Nahverkehrspläne. Das schafft Planungs- und Investitionssicherheit für traditionelle und neue Mobilitätsanbieter. Die Erhebung von Verkehrsdaten sowie offene Schnittstellen bei allen Verkehrsunternehmen müssen rechtlich verbindlich geregelt werden. Das wird dazu führen, dass städtische Verkehrsplanung am tatsächlichen Bedarf ausgerichtet werden kann. Dies wird den Menschen die Sicherheit geben stets von A nach B zu kommen – unabhängig von Alter, Einkommen und Wohnort“, sagt Stefan Gelbhaar, Sprecher für Städtische Mobilität der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.